

Stellungnahme der FWG-Fraktion zum Haushalt 2026

11.12.2025

Liebe Kollegen, sehr geehrte Zuhörer,

die Begründung für die Zustimmung oder Ablehnung dieses Haushalts ist heute unsere Aufgabe. Viele wichtige Daten und Fakten wurden hier schon genannt, so dass ich gern verzichten möchte, diese nochmal zu wiederholen. Dem einen oder anderen mag es etwas befremdlich erscheinen, dass hier so viele Punkte aufgegriffen werden, die vordergründig gar nichts mit dem Zahlenwerk zu tun haben mögen. Aber es spiegelt sich fast alles im Haushalt wider was wir übers Jahr so arbeiten.

Der Haushalt ist quasi ein in Zahlen gegossenes Abbild unserer Beschlüsse. Vieles, wenn auch bei weitem nicht alles, lässt sich quantifizieren, bewerten, bezahlen. Ganz, ganz frei nach Karl Marx: Wenn Geld kondensierte Arbeit oder verfestigte Arbeitskraft ist, ist es auch viel Wert. Es verkörpert Lebenszeit, es verkörpert Freiheit, auch Anstrengung.

Wir sollten alle Respekt haben vor der Lebenszeit und der Arbeitskraft unserer Steuerzahler, die uns unser Gemeinwesen finanzieren.

Geld ist somit nicht nur eine Zahl. Wir können damit Gutes tun, aber vor allem müssen damit Notweniges tun.

Das steht hier alles in diesen vielen Seiten Zahlen, Tabellen, Text. Zum Beispiel unser Investitionsprogramm, das wir gemeinsam, mit wechselnden Mehrheiten oder auch einstimmig, beschlossen haben. Das hat vieles zu bieten, was unseren Bürgerinnen und Bürgern nutzt:

In den Eigenbetrieben investieren wir rund 3,08 Mio in E-Werk, Wasser Ver- und Entsorgung, Waldstadion, Freibad, Frankenhalle und Straßenbeleuchtung.

Im Hoheitshaushalt zum Beispiel in Feuerwehr und Katastrophenschutz, in die Ausgestaltung unseres neuen Bolzplatzes, in Kindergärten und Schulen zum Erhalt des Zustands, in Straßen, den Bauhof und die Breitbandversorgung der Marktgemeinde.

Und wir haben natürlich die Großprojekte, die uns länger beschäftigen:

Kindergarten Johannisheim, der mit 8 Mio leider deutlich teurer geraten ist wie geplant. Darüber haben wir öfter diskutiert und wir sind tatsächlich immer noch etwas unglücklich. Wir hatten und haben den Eindruck, dass wir hier zu viel ausgegeben haben. Aber sei es drum. Jetzt gilt es, aus diesem Fehler zu lernen, damit uns die Kosten der Grundschule nicht aus dem Ruder laufen. Unser Antrag zur Kostenkontrolle des Grundschulneubaus wurde ausführlich behandelt und ich denke, wir sind uns einig, dass wir eine Kostenobergrenze von 28 Mio € nicht überschreiten dürfen.

Wir schauen da genau hin und setzen auf unseren Architekten im Haus, der die Planung und vermutlich auch den Bau betreuen wird.

Und dann enthält dieses Investitionsprogramm auch noch etwas sehr interessantes, und zwar die Neue Mitte. Die Mittel dafür haben wir irgendwo in den Tiefen des Haushalts gefunden, so dass wir 2026 anfangen können.

Es gibt hier ja viele schöne Ideen, unsere wäre eine Grünfläche mit Bäumen, Bänken und einer kleinen Fläche für Kunst und Kultur, eventuell sogar ein kleiner Musentempel- also ein Pavillöngschen mit einer Möglichkeit, Bilder aus unseren Kindergärten und Schulen auszustellen. Es könnten abwechselnd Gemälde, Gedichte oder irgendetwas Aktuelles ausgestellt werden, so dass man häufiger mal etwas Neues findet. Kinder und Jugendliche können den Platz einnehmen und eine Identität schaffen und Erwachsene und ältere Mitbürger sehen, was bei der Jugend so Thema ist. Wir würden also die Generationen zusammenbringen und etwas Einzigartiges für Stockstadt schaffen. Dies kommt in jedem Fall in unseren Ideenpool zur Gestaltung der neuen Mitte fürs nächste Jahr.

Wir freuen uns auf jeden Fall

Das wären die erwähnenswerten Posten im Investitionsprogramm. Alles in allem können wir wohl davon ausgehen, dass die meisten Ausgaben gut begründet sind. Manchmal ringen wir hier im Rat darum, was denn jetzt wirklich gerechtfertigt und notwendig ist, und wo unsere Prioritäten liegen sollten, aber das liegt in der Natur der Sache. Eine Abstufung, die sich quasi aufdrängt ist sicher:

Pflichtaufgaben vor freiwilligen Leistungen

Unsere Kernaufgaben sind zwingend zu erfüllen. wie z. B. Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Schul- und Kita-Bau, Straßenbau, Feuerwehr, Friedhöfe, Meldewesen und örtliche Sicherheit. Das ist die Grundversorgung und umfasst also Bereiche wie öffentliche Sicherheit, Infrastruktur, Soziales, Ordnung und Verwaltung. Da tun wir viel.

Freiwillige Leistungen und Einrichtungen wären zum Beispiel Betrieb von Sportstätten wie Waldstadion und Frankenhalle oder auch unser Waldschwimmbad. Diese drei genannten kommen zusammen auf ein Defizit von 1,5 Mio € (gehören aber in die Abteilung Eigenbetriebe)

Ganz zum Schluss würde man dann so nice-to-have-Projekte, Luxus und Ähnliches platzieren.

Dann muss man sich stets noch die Frage stellen: Handeln wir verantwortungsbewusst gegenüber unseren Kindern und Enkeln? Also uns hemmt es ein bisschen, dass unter Umständen andere die Konsequenzen unseres Handelns tragen müssen. Was würden wir alles schönes anschaffen wenn wir wüssten: Wir sind die letzte Generation? Sind wir aber nicht. Nicht mal die letzte Generation ist die letzte Generation. Es wird uns schon noch eine Weile geben. Aber einfacher wird es definitiv nicht. Seit dem Ende des 2. WK sind unsere Kinder die ersten, die nicht davon ausgehen können, dass es ihnen mal besser geht als uns.

Deshalb sind wir ja besonders verpflichtet, unseren Kindern gute Startbedingungen ins Leben zu bieten: Eine sichere, lebenswerte Umgebung, eine intakte Natur, Wasser, Luft, Lebensmittel, Frieden und Freiheit.

Was wir nicht machen dürfen, ist, hohe Schulden ohne einen adäquaten Gegenwert zu hinterlassen, denn die beschneiden die zukünftige Freiheit.

In unserem Fall gibt es ja gute Gründe für die Aufnahme von Krediten. Wir investieren in die Zukunft UND die größten Brocken sind auch die im Bereich der Pflichtaufgaben. (Kinderbetreuung und

Schule). Somit haben wir steigende Schulden in den nächsten Jahren, und zwar bis 2029 laut Plan ca. 27Mio€.

Die Rücklagen werden in diesem Zeitraum sinken, und zwar auf rund 2 Mio€ in 2029.

Unsere Steuereinnahmen werden wohl stabil bis leicht rückläufig sein. Wir werden sehen, ob und inwieweit die Ausläufer der Wirtschaftskrise uns auch trifft. Wir hoffen natürlich, dass unsere Strategie aus der Vergangenheit, zu diversifizieren und kleinen und mittleren Betrieben einen Standort zu geben, uns durch die Krise hindurchhilft. Das sichert unsere Gewerbesteuererinnahmen, die wir dringend brauchen. Nicht ganz optimistisch sieht es die Creditreform Wirtschaftsforschung, die berichtet, dass die Anzahl der Firmenpleiten in Deutschland so hoch ist wie seit 2014 nicht – und trotz Konjunkturoffnungen gibt es keine Entwarnung für das kommende Jahr. .

Wir werden das wohl beobachten müssen, sind aber guter Hoffnung, dass sich unsere Betriebe nach wie vor am Markt behaupten können.

Ungeachtet dessen ist unser Hoheitshaushalt insgesamt stabil aufgestellt und finanziert, auch weil die Ausgliederung der Eigenbetriebe die größten Defizite quasi mitgenommen hat. Diese sind jetzt etwas aus dem Sichtfeld, aber das heißt aber nicht, dass wir sie ignorieren. Das Konzept: „Ich seh es nicht, also ist es nicht da“, ist ja leider nicht tragfähig.

Also sind die Defizite aus dem laufenden Betrieb der Eigenbetriebe von 1,65 Mio€ nicht weg, sie sind nur woanders und wir werden sie finanzieren müssen. Ab dem Haushalt 2027 sind hierfür Rückstellungen vorzusehen, so wie wir es in unserem Antrag zur transparenten Darstellung formuliert hatten. In einer der Beratungssitzungen wurde herausgearbeitet, dass ohne Ausgliederung der Werke unser Haushalt genehmigungspflichtig geworden wäre.

Im Umkehrschluss müssen wir uns wirklich diszipliniert verhalten und versuchen, unsere Ausgaben im Griff zu behalten, denn die Einnahmenseite können wir im Moment nicht, zumindest nicht sicher, signifikant und vor allem nicht verträglich für die Bürger, verändern.

Wie also reduzieren wir die Ausgaben? Im Vermögenshaushalt, also bei den Investitionen, ist das recht einfach möglich. Man verschiebt, man verzichtet, man repariert und flickt.

Das geht zwar eine Zeit lang, wird aber spätestens problematisch wenn man einen Investitionsstau vor sich herschiebt und den dann irgendwann auflösen muss. Infrastruktur ist zum Beispiel nur sehr bedingt geeignet, um zu verschieben. Anders ist es bei Investitionen, die im Verwaltungshaushalt jährlich hohe Kosten verursachen. Wenn wir zum Beispiel ein neues Schwimmbad bauen würden oder eine Sporthalle, wären die hohen jährlichen Kosten ein Problem. (auch wenn diese sich dann auch im Bereich der Eigenbetriebe bewegen würden, müssten sie doch vom Hoheitshaushalt bezahlt werden über einen Zuschuss, ist bisschen umständlich, aber aja) Alles was betrieben, geheizt, versichert, verzinst, abgeschrieben und gepflegt werden muss und nicht zu den Pflichtaufgaben zählt, müssen wir uns wirklich sparen. Wir haben unsere Last mit der Finanzierung der neuen Grundschule und den laufenden Pflichtaufgaben.

Wo können wir noch Ausgaben reduzieren?

Der Verwaltungshaushalt wäre ne Idee. Der größte Ausgabenposten hier sind die Personalkosten, die mit 7,1Mio jährlich zu Buche schlagen und stetig steigen. Damit sind wir nicht allein. Die meisten Kommunen haben mit steigenden Personalkosten zu kämpfen und viele haben schon erkannt, dass sie tätig werden müssen. Es gibt hier gute Beispiele aus der Region. Das LRA beispielsweise keine Stellenmehrungen fürs Jahr 2026 vorgesehen. Die Stadt Aschaffenburg reduziert ihre Personalkosten

hauptsächlich durch eine Einstellungsbremse (keine neuen Stellen 2026), nutzt Digitalisierung & Automatisierung, optimiert die Personaleinsatzplanung und minimiert Überstunden, um Effizienz zu steigern, ohne direkt Stellen abzubauen. Maßnahmen wie bessere Arbeitszeitmodelle und interne Weiterbildung tragen ebenfalls dazu bei, die Verwaltung schlanker und bürgerorientierter zu gestalten. In Leidersbach, dem Heimatort unseres Kämmerers, wurden die Personalkosten gar um 15% gesenkt. In Leidersbach wurde der Wandel sozialverträglich und vorausschauend gestaltet, indem der Generationenwechsel bewusst genutzt wurde. Viele der jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gingen in Elternzeit und kehrten in Teilzeit zurück. Statt diese Vollzeitstellen automatisch neu zu besetzen, wurden Aufgaben neu strukturiert, Abläufe vereinfacht und Prozesse modernisiert.

Der Ansatz bei allen genannten: Eine schlanke Verwaltung, effektive Prozesse, Nutzung natürlicher Fluktuation, Arbeitserleichterung zum Beispiel durch den Einsatz von KI. In diese Richtung müssen wir uns auch bewegen.

Unsere Fraktion hat sich deshalb grundsätzlich gegen Stellenmehrungen ausgesprochen. Wir können uns Personalkostensteigerungen schlicht und ergreifend nicht mehr leisten. Es muss hier ein Paradigmenwechsel her, und zwar möglichst jetzt.

Zum Abschluss noch ein paar Einblicke in den Kreishaushalt, wen es interessiert

Wir werden aller Voraussicht nach am Montag den Kreishaushalt mit einem Volumen von rund 271 Mio verabschieden. Die Kreisumlage soll bei 48,7% bleiben, obwohl die Bezirksumlage um 0,7% gestiegen ist. 136,7 Mio bekommt der Kreis von den Gemeinden. 60 Mio erhält der Bezirk vom Kreis. Wir zahlen die höchste Bezirksumlage in Unterfranken.

Wir rechnen im Klinikum mit einem Defizit (50%) von 16,75 Mio€; die Personalkosten liegen bei 43,3 Mio€. 45 Mio Sozialleistungen müssen wir im Kreis aufbringen. Das ist eine Verdopplung seit 2019. Der Bezirk verausgabt ca 609 Mio€ an Sozialausgaben. Das sind jeweils Rekordsummen.

Und Informationen aus dem bayerischen Gemeindetag, die für unseren Haushalt doch einigermaßen interessant werden könnten. Wie Sie alle wissen, ist das Sondervermögen vom Bundestag noch vor Konstituierung des neuen Plenums mit 2/3-Mehrheit beschlossen worden. Bei der jetzigen Sitzverteilung ist es wohl unwahrscheinlich, dass nochmal eine 2/3-Mehrheit zustande kommt. Also vermutlich kein neues Sondervermögen.

Es könnte sein, dass wir aus Versehen genau die Kriterien erfüllen, die in manchen Programmen gefragt sind. Der Kämmerer hat sich da sicher schon eingelesen und den Bleistift schon gespitzt. Wir hoffen das Beste und warten auf Neuigkeiten sobald es welche gibt

Wir danken allen Kollegen für die gute Zusammenarbeit, der Verwaltung und der Kämmerei für das kollegiale Wirken und den Zuhörern für ihr Interesse und wünsche eine schöne Weihnachtszeit für Sie alle.

J. Herzog